

## **Der Dritte Weg - wenig innovativ, aber ungerecht.**

*Über den Muff von alten Politikkonzepten / Benjamin Mikfeld, Uwe Kremer und Thomas Westphal zur Debatte über das Schröder / Blair-Papier.*

### **I. Regierungswechsel. Und was nun?**

Die Sozialdemokratie regiert in Europa. Und als hätte es in den Jahren der Opposition keine Gelegenheit gegeben, sich über den "Politikwechsel" Klarheit zu verschaffen, befinden wir uns plötzlich inmitten einer Auseinandersetzung darüber, was eigentlich die Sozialdemokratie mit ihrer Verantwortung anfangen soll. Sie hat sich - so scheint es - entgegen ihres Wahlkampf-Slogans in die Auseinandersetzung Innovation oder Gerechtigkeit hineinmanövriert.

Während die SPD es versäumt hat, in den letzten Jahren eine realitätstaugliche und konsensfähige Sicht auf die neuen Realitäten von Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln, wird dies nun im Konflikt nachgeholt. Was als Modernisierer-Traditionalisten-Debatte daherkommt, ist der Versuch der Sozialdemokratie, Antworten auf gravierende Umbruchsprozesse zu finden. Wir wollen mit diesem Papier an der u. E. entscheidenden Bruchstelle der gegenwärtigen Entwicklung ansetzen und exemplarische Ansätze einer Innovationsstrategie für den Strukturwandel von Wirtschaft und Arbeit benennen. Es ist unbestritten, dass sich die ökonomische Ausgangslage gravierend verändert hat. Die kurze Wachstumskonstellation der Nachkriegszeit ist längst zerfallen und lässt sich durch eine politische Rückbesinnung auf die guten alten Zeiten nicht wiederherstellen. Die Sozialdemokratie hatte bis in die 70er Jahre - und z. T. deutlich darüber hinaus - geglaubt, die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus über das Drehen an ein einigen makroökonomischen Stellschrauben zügeln und die sozialen Auswirkungen über den ausgebauten Wohlfahrtsstaat dauerhaft abfedern zu können. Dies erwies sich als Trugschluss: Die Wachstumspotentiale erlahmten und damit sank auch die Möglichkeit, hohe Löhne, den Ausbau des Wohlfahrtsstaates und hohe Profite gleichermaßen zu garantieren.

Die Folge war der Zerfall des sozialdemokratischen "Modells Deutschland", der Verlust der Regierungsmehrheit Anfang der achtziger Jahre und schließlich der Verlust der gesellschaftlichen Mehrheitsfähigkeit zugunsten der Renaissance des Wirtschaftsliberalismus.

Nun, da die sozialdemokratischen Parteien auf die Regierungsbänke der europäischen Staaten zurückgekehrt sind, finden sie eine Wirtschaftsstruktur vor, die mit der Situation der ersten sozialdemokratischen Blütezeit von vor 25 Jahren nicht mehr viel gemein hat. Die Modernisierung der eigenen Wirtschaftspolitik, die reformerische Antworten auf die heutigen Probleme und Widersprüche der ökonomischen Entwicklung hervorbringt, ist also mehr als nötig. Aber welche Modernisierung? Und worin besteht das gegenwärtige Kernproblem?

Kernproblem: der Wirtschaftsdualismus Die neoliberalen Politikvarianten der jüngeren Vergangenheit setzten vorwiegend auf hochtechnologische, durch Senkung der sozialen "Nebenkosten" abgestützte Exportoffensiven. Das Ergebnis ist ernüchternd. Der Wirtschaftsliberalismus hat dazu geführt, dass sich unter der Oberfläche der Verlagerung der Wertschöpfung und der Beschäftigung von den Produktions- zu den Dienstleistungstätigkeiten eine gespaltene dualistische Ökonomie offenbart, die ihre produktiven Austauschbeziehungen zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren eingebüßt hat. Das strukturelle Grundproblem unserer Volkswirtschaft liegt im Zerfall des Austauschverhältnisses zwischen den internationalisierten, hochproduktiven Industriesektoren auf der einen und den binnenwirtschaftlichen personalintensiven Sektoren auf der anderen Seite.

Die Sektoren und Fachzweige unserer Volkswirtschaft entwickeln sich dualistisch getrennt voneinander, in unterschiedlichem Tempo, in unterschiedliche Richtungen. Zwar wird immer mehr produziert - aber eben von weniger Beschäftigten und ohne, dass die Produktivitätsgewinne in den binnenorientierten Wirtschaftskreislauf gelangen. Daraus erwachsen jene dualistischen Wirtschaftsstrukturen, in denen auf der einen Seite hoch produktive global agierende Konzerne im internationalen Fusionsfieber liegen, exzellente Geschäftsergebnisse und eine gute Börsenperformance erzielen.

Auf der anderen Seite stehen aber Einzelhandelsunternehmen, soziale Dienstleister, Handwerksbetriebe, Bauunternehmen etc., die durch die Austrocknung der Binnenwirtschaft Umsatzeinbußen, Unternehmenspleiten und Entlassungen zu verzeichnen haben. Während im Zuge der neoliberalen Offensive die privaten Geldvermögen emporstiegen, bleiben erhebliche Innovations- und Wachstumspotenziale in der Binnenwirtschaft unerschlossen bzw. verlagerten sich in die Schattenwirtschaft, die mittlerweile 15 Prozent des BIP ausmacht.

Die Spaltung der Ökonomie wirkt sich selbstverständlich auch auf die Arbeitsgesellschaft aus: auf der einen Seite die Zunahme von qualifizierter und hochwertiger Erwerbsarbeit, auf der anderen Seite Massenarbeitslosigkeit und der drastische Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Hintergrund sind nicht nur die verschobenen Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch veränderte Formen der Unternehmens- und Arbeitsorganisation sowie der sektorale Strukturwandel in Richtung Dienstleistungsarbeit. Während der industrielle Facharbeiter - als wesentlicher Träger der "alten Sozialdemokratie" - weiterhin an Bedeutung abnimmt, spricht auf der einen Seite vieles für die Herausbildung eines neuen und anwachsenden Typus von Werktätigen, der z. B. als "Arbeitskraftunternehmer" bezeichnet wird. Er zeichnet sich aus durch hohe Flexibilität und Eigenverantwortung und verbindet somit den Status der Lohnabhängigkeit mit einer quasi-unternehmerischen Denkweise - er ist der Prototyp einer "Neuen Mitte".

## **II. Der Dritte Weg - wenig innovativ, aber ungerecht**

Die Politik des "Dritten Wegs" scheint der Versuch zu sein, Antworten auf diese dualistische Spaltung der Wirtschaft zu finden. Aber wie tauglich und zielführend sind die praktischen Politikinstrumente der Vertreter dieses Ansatzes?

Die Antwort auf diese Frage wird durch allerlei ideologische Ablenkungsmanöver und Nebelkerzen erschwert. Komplexe wirtschaftspolitische Fragestellungen, die sich aus der Entwicklung von hoch arbeitsteiligen Volkswirtschaften mit offenen Handelsgrenzen ergeben, werden in der aktuellen Debatte auf den simplen Gegensatz von nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik und sogenannter "Angebotspolitik von links" reduziert.

Die Formel von der "Angebotspolitik von links" ist ein Paradebeispiel für diese Irreführung. Es handelt sich um eine ideologisch hoch gerüstete Floskel, die dazu da ist, die Tagespolitik mit der Aura von Modernität und visionärer Energie zu versehen. Auch wenn noch so viel Rauch erzeugt wird, damit alle glauben, dass in der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik neues Feuer lodert, so zeigt die Regierungspraxis sehr deutlich, dass auch die "neue Angebotspolitik" bisher nicht über die Veränderung von makroökonomischen Stellschrauben hinausgekommen ist.

Im Unterschied zu den siebziger Jahren wird bei dieser Form der "Globalsteuerung" an den Stellschrauben der Angebotsverbesserung (Reduzierung von Lohnkosten, gesetzlichen Regulierungen und Unternehmenssteuern) gedreht. Das sind allerdings keine neuen Antworten und keine neuen wirtschaftspolitischen Instrumente, die für die Revitalisierung unserer dualistischen Ökonomie nötig und sinnvoll wären.

Eine solche Wirtschaftspolitik ist weder links, noch modern, noch unter den Bedingungen flexibler Märkte mit internationalem Wettbewerb besonders erfolgversprechend. Bereits im ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen, der 1975 auf dem SPD-Bundesparteitag in Mannheim beschlossen wurde, ist der Satz nachzulesen: "Die Globalsteuerung, die von der SPD in die deutsche Politik eingeführt wurde . . . bietet ebenso wenig ausreichende Antwort auf die Strukturprobleme der kommenden Jahre wie irgendeine Form einer zentral verwalteten Wirtschaft." Mit dem Konzept der Angebotspolitik von links katapultieren die selbst ernannten Modernisierer der SPD die wirtschaftspolitische Debatte um gute 25 Jahre zurück.

Wunderheiler Niedriglohn? Da klar ist, dass eine solche Angebotspolitik das Beschäftigungsproblem nicht lösen kann, taucht immer wieder der Ansatz zur Etablierung eines Niedriglohnsektors zur Freisetzung einer beschäftigungspolitischen Dynamik in der Dienstleistungsgesellschaft auf. Hier wird noch am ehesten der Versuch unternommen, das Problem der dualistischen Wirtschaftsstruktur anzugehen. Als Ausweg wird empfohlen, das Beschäftigungsdefizit im Bereich niedrig produktiver Dienstleistungsarbeit durch Senkung der Arbeitskosten in diesem Bereich aufzuheben.

Da eine hohe Lohnspreizung wie in den USA nicht gewollt ist, sollen Instrumente wie eine negative Einkommensteuer oder der Kombi-Lohn die Anreize zur Arbeitsaufnahme gegenüber dem Bezug von Transferleistungen erhöhen und gleichzeitig Arbeit im Dienstleistungssektor verbilligen. Neben einer gesellschaftspolitischen Kritik an der Renaissance der Dienstbotenkultur sprechen auch ökonomische Gründe gegen einen solchen Ansatz. Weder können Mitnahmeeffekte und negative Auswirkungen auf das Tarifgefüge ausgeschlossen werden, noch findet eine volkswirtschaftlich vernünftige Einbindung der geförderten Beschäftigung in regionale Wertschöpfungsbeziehungen statt.

Alle uns bekannten Niedriglohnkonzepte haben zwar die notwendige nachholende Entwicklung der arbeits- und personalintensiven Wirtschaftszweige zum Ausgangspunkt ihrer Konzepte gemacht, aber keines dieser Konzepte hat das spezifische Wirtschaftsregime, unter dem dort Güter und Dienstleistungen angeboten werden, berücksichtigt. Bei genauer Betrachtung dieses Wirtschaftsregimes

stellt sich aber heraus, dass diese Bereiche kein vordergründiges Kostenproblem, sondern tiefgründige Preis-, Wettbewerbs- und Innovationsprobleme haben. Diese lassen sich aber nur mit einer Innovationsstrategie für gezielte Marktentwicklung lösen. Dafür benötigt die Politik jedoch den Mut zu unkonventionellen Lösungen und nicht den Muff von alten Politikkonzepten.

Steuerungsansätze einer linken Angebotspolitik Wir wollen an dieser Stelle einige exemplarische Ansätze zur Steuerung einer solchen Innovationsstrategie für den Strukturwandel skizzieren. Die gegenwärtige Schlüsselfrage lautet: Führt die dualistische Ökonomie zu einem polarisierten Kapitalismus - global vernetzte Exportinseln von Gütern und Dienstleistungen auf der einen und einem prekären Bereich aus Niedriglöhnern, McJobs und wie auch immer ausgestalteter "Bürgerarbeit" auf der anderen Seite? Oder gibt es Möglichkeiten, eine wirtschaftspolitische Verzahnung von exportorientierter und binnenorientierter Ökonomie abzusichern?

Erforderlich wäre demnach eine integrierte Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, die den spezifischen Verschränkungen zwischen Export- und Regionalwirtschaft sowie neuen Anforderungen des Arbeitmarktes gerecht wird. Es geht daher auch nicht um das "Ob" von Angebots- und Nachfragepolitik, sondern um das "Wie".

### **III. Strukturpolitische Doppelstrategie**

Clusterpolitik: Eine "Angebotspolitik von links", die ihren Namen verdient, müsste gezielt den Aufbau von neuen Wertschöpfungsstrukturen flankieren. Wir plädieren daher für eine strukturpolitische Doppelstrategie. Die erste Säule der Clusterpolitik richtet sich auf die Exportwirtschaft. Die Sicherung der Exportfähigkeit einer Volkswirtschaft bzw. einer Region ist durch eine simple angebotsorientierte "Globalsteuerung" nicht zu haben. Durch die klassische Ansiedlungs- und Wirtschaftsförderungspolitik werden oftmals nur konzerngesteuerte Exportinseln und verlängerte Werkbänke ohne Einbindung in die regionale Wirtschaftsstruktur geschaffen.

Sinnvoller ist es, die Strukturpolitik an bestehenden Branchenverflechtungen und Kompetenzen in der Region - sogenannten "Clustern" - auszurichten. Die Aufgabe des Staates besteht im Sinne einer Clusterpolitik darin, die Rolle des "strategischen Managements" zu übernehmen. Er stellt die Ressourcen für entsprechende Kooperationsplattformen zwischen den Unternehmen bereit und flankiert die Clusterentwicklung über technologische und infrastrukturelle Unterstützungen. Ein prosperierender, exportorientierter industrieller Kern in der Region wird zweifellos in der Tendenz immer weniger Menschen beschäftigen. Er ist aber die entscheidende Basis für das Entstehen von unternehmensbezogenen Dienstleistungen sowie die ökonomische Stabilität der binnenorientierten Branchen. Umgekehrt stellen eine florierende Binnenwirtschaft und die Existenz anspruchsvoller Nachfrager auf dem Heimatmarkt eine Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit des Exportsektors dar.

Intersektorale Umverteilung: Was gegenwärtig in den meisten beschäftigungspolitischen Konzepten fehlt, ist eine strategische Perspektive für den Binnensektor. Erforderlich ist ein volkswirtschaftlicher Mechanismus, der den Werttransfer von den hoch produktiven Sektoren in die arbeitsintensiven Binnensektoren (v. a. Dienstleistungen) organisiert. Während die Überlegungen in Richtung Niedriglohnsektor an den Einkommen beziehenden Subjekten ansetzen, bezieht sich unser Ansatz der intersektoralen Umverteilung auf zu erledigende gesellschaftliche Aufgaben. Es geht nicht um billige Löhne, sondern darum, dass die Produktivitätsgewinne des Exportsektors zum Aufbau von qualifizierter Beschäftigung im Binnensektor genutzt werden.

Ein bewährtes Beispiel für einen solchen Mechanismus ist der Sozialstaat und der steuerfinanzierte öffentliche Dienst. Es stellt sich jedoch die Frage, ob ein solcher Transfermechanismus nur für öffentliche Strukturen und den zweifellos an Bedeutung zunehmenden "Dritten Sektor" (Soziale Dienste, Gesundheit, Bildung etc.) erforderlich ist, oder ob nicht ein breiteres Spektrum von Eigentumsformen und wirtschaftlichen Aktivitäten erfasst werden muss. Eine wesentliche Aufgabe "linker Angebotspolitik" wird zukünftig darin bestehen müssen, Ressourcen für wirtschaftliche Initiative "von unten" bereitzustellen, den Sektor zwischen Markt und Staat auszuweiten und gezielt bestehende und neue Wirtschaftsstrukturen zu fördern.

Um eine Verzahnung von Verteilungs- und Strukturpolitik zu gewährleisten, wären folgende Transfermechanismen denkbar:

- Gestaffelte Mehrwertsteuersätze: Um gezielt binnenabsatzorientierte Dienstleistungen wie z. B. das Handwerk zu fördern, hat die EU-Kommission den Vorschlag unterbreitet, den Mitgliedsstaaten die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für bestimmte Branchen zu ermöglichen. Im Gegenzug könnten die Mehrwertsteuersätze für Luxusgüter entsprechend angehoben werden.
- Fonds "Nachhaltige Regionalentwicklung": Die höhere Besteuerung nichtinvestierter Gewinne sowie

hoher Geldvermögen könnten Mittel für einen bundesweiten Fonds für "Nachhaltige Regionalentwicklung" mobilisieren. Um die regionale Ebene zu stärken und einen interregionalen Ausgleich zu bewerkstelligen, wäre eine bedarfsorientierte Zuweisung von Mitteln in "Regionale Entwicklungsfonds" erforderlich, die in regionaler Eigenverantwortung für strukturpolitische Aufgaben verwendet werden können.

In den Regionen sollten rund um solche "Entwicklungsfonds" Entscheidungsstrukturen geschaffen werden, die betriebswirtschaftliche Effizienz und gesellschaftliche Beteiligung garantieren. Ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung regionalwirtschaftlicher Kreisläufe wäre zudem der gezielte Einsatz einer Besteuerung des Energie- und Kraftstoffverbrauchs. Über die Verteuerung von Transporten könnten Stoffströme innerhalb der Region konzentriert werden. Voraussetzung ist allerdings der - im Rahmen des Fonds-Ansatzes - strukturpolitisch sinnvolle Einsatz der Einnahmen zur Förderung von Alternativen (v. a. Umbau des Verkehrs- und Energiesektors), an Stelle des Stopfens von Haushaltslöchern.

Nachhaltige Regionalwirtschaft: Neben die "klassische" Strukturpolitik, die in erster Linie auf die Stärkung der Exportwirtschaft abzielt, müsste nun eine zweite strukturpolitische Säule der nachhaltigen Regionalwirtschaft treten, die auf dem Ansatz der "Regionalen Entwicklungsfonds" aufbaut. Die Politik der nachhaltigen Regionalwirtschaft verbindet die Zielstellung der Stabilisierung von regionalen Wirtschaftskreisläufen mit dem Aufbau neuer Beschäftigung vor allem im Bereich personenbezogener und kundennaher Dienstleistungen. Wesentlich ist die Förderung einer nachhaltigen Regionalwirtschaft entlang bestimmter Produktlinien bzw. die Sicherstellung einer zumindest teilweisen regionalen Eigenversorgung in den Bereichen Ernährung, Energie etc. über den gezielten Aufbau von Wertschöpfungsketten.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist zudem die Überlegung, eine höhere Ressourcenproduktivität durch eine Verlängerung der Nutzungsdauer und eine Erhöhung der Nutzungsintensität von Gütern zu erzielen. Eine derartige Produktions- und Konsumtionsweise soll nicht durch das massenhafte Kaufen und Wegwerfen von Massenprodukten geprägt sein, sondern durch den Erwerb von Nutzen.

Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeiten soll sich somit von der Produktion hin zum Produktmanagement verschieben. Vom Produktdesign, über die Reparatur bis hin zu Beratung und Verleih entstehen Dienstleistungssegmente um industrielle und handwerkliche Produkte herum. Eine derartige "nutzungsbezogene Dienstleistungswirtschaft" ist wegen der erforderlichen Kundennähe notwendigerweise dezentralisiert und regionalisiert.

Gleichzeitig geht es bei einer nachhaltigen Regionalwirtschaft um den Ausbau von Beschäftigung in Feldern des gesellschaftlichen Bedarfs, die über den Markt nicht nachgefragt wird bzw. sich in die informelle Wirtschaft verlagert. Hier bieten sich vor allem die Bereiche soziale Dienste, Stadtteilarbeit, Kultur, Nachbarschaftshilfe etc. an. Der Ansatz der nachhaltigen Regionalwirtschaft basiert auf zwei Handlungsfeldern:

- Erstens sind neue Kooperationsformen, Netzwerke bzw. "Entwicklungsbündnisse" zwischen der Kommunalwirtschaft und den regionalen Unternehmen entlang bestimmter Produktlinien anzustreben.

Eine wichtige öffentliche Aufgabe wäre es, eine entsprechende Leitnachfrage für neue Angebote zu entfalten, Beratungsleistungen zu erbringen, Existenzgründungen zu fördern etc.

- Zweitens ist eine Überwindung der arbeitsmarktpolitischen "Instrumentebastelei" erforderlich. Der Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ermöglicht eine Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik sowie eine dauerhafte Förderung entlang gesellschaftlicher Bedarfssfelder. Förderfähig sollen sowohl private wie gemeinnützige Betriebe sein; in jedem Fall sollen Initiativen von unten aufgegriffen werden. Ein Teil des Wirtschaftsproduktes wird somit für die (Ko-)Finanzierung dieses Sektors zwischen Markt und Staat genutzt; die Gesellschaft erhält dafür deutlich verbilligte bzw. kostenlose Dienstleistungen zurück. Den Regionen sollten hierfür Mittel zur Verfügung gestellt werden, über deren Vergabe vor Ort entschieden wird.

Der Ansatz der nachhaltigen Regionalwirtschaft stellt somit neue Kooperations- und Finanzierungsbeziehungen zwischen öffentlicher Wirtschaft, Privatunternehmen und einem gestärkten Sektor zwischen Markt und Staat her. Er schafft damit die Bedingungen für eine "Mixed Economy" des 21. Jahrhunderts und ist Ansatzpunkt für weitergehende Vorstellungen zur Demokratisierung der Wirtschaft.

#### **IV. Selbstbestimmte Lebensführung und Arbeitsversicherung**

Aufgabe linker Angebotspolitik muss es zugleich sein, die gesellschaftlichen Innovationspotenziale zu steigern und die Binnenwirtschaft von den kostenmäßigen Lasten hoher Arbeitslosigkeit zu befreien, ohne die Spaltung der Arbeitsgesellschaft z. B. über Niedriglohnansätze zu forcieren. Wir brauchen keinen Abbau, sondern einen Umbau des Sozialstaats.

Das bisherige Sozialstaatsmodell basierte vor allem auf der Verbindung von relativer Vollbeschäftigung, beruflicher Ausbildung mit lebenslanger Gültigkeit, männlich dominiertem Normalarbeitsverhältnis und privater Erledigung von Reproduktionsarbeit. Die ökonomische und gesellschaftliche Basis für dieses Modell ist zerfallen und auch nicht reproduzierbar. Ob nun die Entstandardisierung von Arbeitsverhältnissen zur Ausweitung von Risiken oder zu mehr Spielräumen für die Beschäftigten führt, ist eine Frage der Regulierung und der sozialstaatlichen Einbettung.

Unter der Bedingung anhaltender Massenarbeitslosigkeit ist der Sozialstaat in eine Finanzierungs- und Legitimationskrise geraten. Während die Belastung mit Steuern und Abgaben in den letzten Jahren gestiegen ist, fragen sich immer mehr ArbeitnehmerInnen berechtigterweise, was sie dafür zurückbekommen. Erforderlich ist daher ein erneuertes Sozialstaatsverständnis, das sich davon löst, nur als Korrektiv kapitalistischer Verteilungsergebnisse zu fungieren und im Wesentlichen monetäre Transferleistungen im Risikofall zu erbringen.

Ein modernes linkes Sozialstaatsverständnis muss präventiv angelegt sein und individuell wählbare Leistungen erbringen, die es den meisten Menschen erst ermöglichen, selbst gewählte Lebensentwürfe zu realisieren. Die gegenwärtige Arbeitsmarktpolitik hat zwar viele positive Ansätze hervorgebracht, ist aber immer noch einer Kriseneingreiflogik verhaftet.

Der Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft erfordert einen neuen Steuerungsansatz der Arbeitsmarktpolitik. Aus diesem Grund schlagen wir vor, die bisherige Arbeitslosenversicherung in eine "Arbeitsversicherung" umzuwandeln. Sie soll nicht erst dann Leistungen erbringen, wenn der Risikofall (Erwerbslosigkeit) eingetreten ist, sondern der Beschäftigte erwirbt mit seinen Leistungen Ansprüche, z. B. an Phasen kürzerer Arbeitszeit oder Qualifizierung, die er während der Erwerbstätigkeit oder im Übergang zwischen zwei Erwerbstätigkeiten realisieren kann. Die Arbeitsversicherung ermöglicht so eine dreifache Steuerung des Arbeitsmarktes. Erstens wird weder das Vollbeschäftigungsziel - auch bei einer Erschließung neuer beschäftigungsintensiver Wachstumsfelder - noch die Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe für alle Frauen und Männer ohne eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen sein. Gleichzeitig sind die tarifpolitischen Spielräume gegenwärtig begrenzt bzw. in einigen Branchen gar nicht vorhanden.

Eine wichtige zukünftige Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik muss es daher sein, die Steuerung des Arbeitsangebotes über Anreize zur Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen. Im Rahmen einer öffentlichen Flankierung von Arbeitszeitverkürzungen sollten sowohl kollektive Lösungen unterstützt als auch individuelle Optionen (z. B. längere Erziehungsphasen) ermöglicht werden.

Zweitens wird die regelmäßige Erneuerung und Weiterentwicklung von Qualifikationen zur Voraussetzung für die individuelle Beweglichkeit auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitsversicherung ermöglicht jedem Beschäftigten die regelmäßige Inanspruchnahme von Weiterbildungsangeboten.

Drittens sollte die Arbeitsversicherung jedem Arbeitslosen ein adäquates Arbeitsangebot im ersten Arbeitsmarkt, im oben skizzierten öffentlich geförderten Beschäftigungssektor oder eine Hilfestellung zur Existenzgründung garantieren. Die jährlichen fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit in Höhe von 170 Mrd. DM sollen im Modell der Arbeitsversicherung möglichst vollständig für aktive und flankierende Maßnahmen und somit für die Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt bzw. präventive Leistungen verausgabt werden. Hierzu muss im Sinne einer Budgetausgleichspolitik sichergestellt werden, dass alle von einer geringen Arbeitslosigkeit profitierenden staatlichen Ebenen auch an der Finanzierung beteiligt werden. Zudem wäre es im Sinne der Logik der intersektoralen Umverteilung, den Arbeitgeberbeitrag nicht mehr an den Löhnen zu bemessen, sondern an der Wertschöpfung. Arbeitsintensive Betriebe können somit entlastet werden, ohne dass die Beteiligung der Gesamtwirtschaft an den Kosten der Arbeitsversicherung sinkt.

## **V. Schlussbemerkung**

Die Politik des "Dritten Wegs" läuft im Kern auf drei Ansätze hinaus. Zum Ersten die Absicherung von Standortallianzen zwischen dem Exportkapital und den Stammbesitzungen. Zum Zweiten die Einbindung der "Neuen Mitte" durch Steuerentlastungen und vor allem ideologisches Getöse. Zum Dritten die Ausweitung von Beschäftigung im Niedriglohnsektor als Antwort auf die vernachlässigten Potenziale im binnenwirtschaftlichen Bereich.

Anstatt den "Dritten Weg" lediglich als wenig sozialdemokratisch zu "entlarven" und das Bestehende zu verteidigen, gilt es, eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik zu benennen, die den neuen Problemlagen gerecht wird.

Das Projekt einer Modernisierung der Wirtschaft und der Schaffung neuer Beschäftigung ist nicht in wenigen Jahren zu schaffen. Auch deswegen braucht die regierende Sozialdemokratie einen neuen

stabilen gesellschaftlichen Konsens. Die hier skizzierten Überlegungen sollen Kristallisationspunkte für neue Ideen und gesellschaftliche Bündnisse darstellen. Unseres Erachtens bieten die gezielte Förderung von Dienstleistungen sowie der Ansatz der Arbeitsversicherung der sogenannten "Neuen Mitte" viel mehr, als eine unkreative Politik der Staatsverschlinkung und des Sozialabbaus.